

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anwerbende die Druckerei entgegen. - Einzelne werktätig. Fernsprech-Anschluß Nr. 83.

Angelagene für die Anzeigen- und für Anwerbende die Druckerei entgegen. - Einzelne werktätig. Fernsprech-Anschluß Nr. 83.

Telegramme: Tageblatt 'Auergebirge'. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postamt-Nr. 1908

Nr. 11

Montag, den 14. Januar 1924

19 Jahrgang

Die Stadtverordnetenwahlen in Aue.

Wie wir bereits gestern Abend durch eine Sonderausgabe bekannt gegeben haben, hatte die Stadtverordnetenwahl in Aue folgendes Ergebnis:

Es wurden gewählt 13 Bürgerliche und 14 Vertreter der Linksparteien, im Einzelnen

- 5 Vertreter der Liste der vereinigten bürgerlichen Wahlausschüsse (Vorschlag 5)
- 3 Vertreter der Hausbesitzerliste (Vorschlag 4)
- 5 Vertreter der christlichen Liste (Vorschlag 3)
- 6 Vertreter der Sozialdemokratie (Vorschlag 2)
- 8 Vertreter der Kommunisten (Vorschlag 1)

Das Zahlenverhältnis der Linken zur Rechten ist also dasselbe geblieben wie bisher. Von 12 979 Wahlberechtigten (im Sonderblatt ist diese Zahl irrtümlich mit 11 088 angegeben) haben 9769 gewählt. Das sind reichlich 75 Prozent. Der Wahlurne ist also wieder ein Viertel der Wähler ferngeblieben. In vielen Orten unseres Sachsenlandes ist die bisherige sozialdemokratische Mehrheit gebrochen worden, wie aus anderen Stellen der vorliegenden Ausgabe hervorgeht. Auch in Aue wäre dieser Erfolg möglich gewesen, wenn alle bürgerlichen Wähler, soweit sie nicht wirklich verhindert waren, gewählt hätten. Ueber die Bedeutung gerade der gestrigen Wahlen ist genug geschrieben worden, auch aus den Landtagsverhandlungen über die neue Gemeindeordnung ging zur Genüge hervor, gegen welchen nur allzu berechtigten Widerstand der bürgerlichen Abgeordneten das Gesetz durchgedrückt worden ist. Trotzdem sahen wir im Bürgeramt wie immer, so auch gestern. Jeder mußte, daß es bei der bekannten Zulassung der Einwohnerschaft in Aue um jede Stimme anfangs der Wahlaufsätze gleichgültig. Daß er aber, wenn er zu Hause blieb, der gemäßigten Richtung seine Stimme gab, das hat er sich sicher nicht überlegt.

Die Vorbereitung der Wahl sowohl, als die Wahl selbst ist ruhig verlaufen bis auf die Störung der Ruhe durch halbwegsige linksradikale Elemente am Sonntagabend nachmittags, die sich den Zweck verfolgten, kurz vor Torchluss das Volk aufzurufen und Komplikationen herbeizuführen. Die herbeigerufenen Verstärkung der Polizei vermochte jedoch den Plan zu vereiteln. Sie schaffte am Sonntagabend in wenigen Minuten Ordnung und zahlreiche Patrouillen sorgten Sonntagabend und gestern für völlige Ruhe. Auch in den Wahllokalen erschienen dann und wann die Patrouillen, und das war gut.

Wer zieht nun in das Kollegium ein? Von der Liste der vereinigten bürgerlichen Wahlausschüsse verbleiben im Kollegium Justizrat Raabe Kaufmann Richard Seidel und Lehrer Max Fabrikbesitzer Hugo Hillmann ist neu gewählt, er gehörte nie der Stadtvertretung an und ist also ein unbeschriebenes Blatt. Er wurde bei Aufstellung der Vorschlagsliste von der Arbeitgebervereinigung präsentiert. Schiedsmesser Reihorn, bisher Stadtrat, ist auch auf dieser Liste gewählt. Von der Hausbesitzerliste verbleiben im Kollegium Lehrer Max Hentschel und Klempnermeister Paul Schick, während Schlosser Paul Reihorn neu gewählt ist. Von der christlichen Liste verbleiben Albin Köhner Walter Lent und Postinspektor Martin im Kollegium, während die früher schon als Stadtvertreterin bewährte Frau Kochschulleiterin Vertha Hoffmann und Oberstudienrator Wächter neu gewählt sind. Von der sozialdemokratischen Partei verbleiben im Kollegium Richard Lorenz Eugen Frey, Hermann Graf Ernst Wolf Anna Böckler und Karl Frey. Da die Kommunisten den meisten Stimmenzuwachs haben, schieden sie auch die größte Anzahl neuer Vertreter ins Kollegium. Es verbleiben darin Ernst Dörffel, Robert Gänzel und Gustav Korb, während neu einzuziehen Hans Teubner, Hermann Rettel, Fritz Fabian, Guido Wein und Paul Rehm.

Es scheiden aus dem Kollegium aus Fleischermesser Wilm Dr. Dirich, Redakteur Renzner, Oberpostsekretär Pfeifferkorn und Schuhmachermeister Wiedl erstere beiden Herren sind schon nicht mit in die Wahlvorschläge einbezogen, wie auch Krankenträger Wilhelm von den Sozialdemokraten, der auch eine Wiederwahlstellung ablehnt. Die sozialdemokratische Partei verliert an Vertretern außerdem Formier W. Friedrich, Schlosser Paul Sonntag und Emil Bodel. Weil Oberpostsekretär Paul Brandt auf der kommunistischen Liste erst an einer Stelle steht, scheidet er aus dem Kollegium ebenfalls aus.

Nicht nur, daß Aue im Gegensatz zu den meisten sächsischen Städten und Ortschaften einen bürgerlichen Wahlsieg nicht zu verzeichnen hat, die bürgerlichen Stimmen haben vielmehr, ins Verhältnis zur Wählerzahl gesetzt, gegen die vorige Wahl abgenommen. Die Be-

ratungen werden sich bei 19 zu 14 Stimmen schwierig gestalten. Die bedauerndste Stellung hat die Sozialdemokratie, die sich oft wird entscheiden müssen, ob sie mit den acht radikalen Kommunisten durch die und dünn geht oder doch mit den Bürgerlichen stimmt. Man darf die Entwicklung der Dinge jedenfalls mit Spannung erwarten. Hoffen und wünschen wir, daß das Wohl der Gesamtheit der Einwohner Aues der leitende Grundsatz des neuen Kollegiums sein und bleiben möge.

Wahlergebnisse aus der Umgebung.

Die bisherigen Vertreterzahlen sind in Klammern beigelegt.

Auerhammer. Soz. 249, Komm. 214, Bürgerliche 307. Vertreter 4 Bürgerliche (4), 5 Linksparteien (4).

Beiersfeld. Sozialdemokraten 391, Kommunisten 490, 2 bürgerliche Listen 922, 6 (5) links, 7 (7) Bürgerliche.

Bernsbach. Bürgerl. 647, Sozialdemokraten und Kommunisten 909 (2 und 7 Sitze), 2 Unabf., 1 Hausbes., 8 Mittelstand. 6 (6) Bürgerl., 9 (9) Linke.

Bodau. Hausbes. 205, Sozialdemokraten 204, Bürgerl. Verein 619, Kommunisten 643.

Eibenrod. 5 Sozialdemokraten, 1140, 5 Christl. Elternbund, 1011, 5 Wahlvereinigungen wirtschaftlicher Gruppen 1126, 6 Kommunisten, 1212.

Grünhain. Sozialdemokraten 2 (3), 196 St., Ang. u. Beamte 2 (2), 117, Bürgerverein 4 (4), 361, Hausbesitzer 1 (-), 90, Kommunisten 4 (5), 372 St.

Grünhaidel. 1 Sozialist (70), 6 Bürgerliche (310), 4 Kommunisten (200), bisher 5 Bürgerliche, 5 Linke.

Hartenstein. 4 Sozialdemokraten (5), 1 Kommunist (-), 8 Bürgerliche (7). Sozialab. 336, Komm. 120, Bürgerl. 632.

Johanngeorgenstadt. Bürgerl. Verein 5 Vertreter, 1232, Sozialdemokraten 3 Vertreter, 630, Kommunisten 5 Vertreter, 1180, bisher 4 Bürgerliche, 8 Sozialdemokraten.

Lauter. Bürgerl. 1493, Linksparteien 1542, jetzt 10 bürgerliche, 11 Linke, bisher 11 Bürgerliche, 9 Linke.

Mühlig. 2 Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, 370, 1 Bürgerverein, 269, 1 Angestellte, 184, 3 Hausbesitzer, 531, Bürgerliche bisher 9, 6 (10) Sozialdemokraten, 1235, 6 (2) Kommunisten, 1080.

Mittweida-Waltersbath. Linksparteien 6 Vertreter (5), Bürgerliche 5 (5).

Niederstemm. Bürgerliche 3, Hausbesitzer, 2, Beamtenliste 2, Sozialdemokraten 3, Mieterverein 2, Kommunisten 1.

Oberstemm. 2 Mieterverein, 114, 5 Sozialdemokraten, 422, 4 Hausbesitzer, 273, 3 Bürgerverein, 268, 1 Freie bürgerliche Vereinigung, 98 Stimmen, 9 (8) Bürgerliche, 6 (6) Linksparteiler. (Mieterverein wird angenommen als 1 Sozialdemokrat und 1 Bürgerlicher.)

Oberplannitz. 200 bürgerl., 55 neutrale, 91 sozialdemokratische Stimmen. 6 (4) Bürgerliche, 1 (-) Neutraler, 2 (5) Sozialdemokraten.

Rötha. 5 (7) Bürgerliche, 408, 4 (3) Sozialdemokraten, 256, 4 (2) Kommunisten, 305.

Rosbau. 6 (5) Kommunisten, 1039, 2 (1), Hausbesitzer, 265, 2 (2) Sozialdemokraten, 268, 1 (2) Christl. Eltern, 185, 2 (2) Handel und Gewerbe, 325.

Schneeberg. 4 Demokraten, 683, 2 Bürgerverein, 456, 8 Sozialdemokraten, 1046, 6 Deutsche Volkspartei u. Deutschnationale, 1033, 7 Kommunisten, 1332, Liste zum Schutze der Interessen der Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten des Handels und Gewerbes 0 Sitze, 184, bisher 10 rechts, 14 links.

Schönheide. 8 Sozialdemokraten, 1892, Bürgerliche 722, Hausbesitzer 699: zusammen 9 bürgerliche Sitze. 445 Stimmen der Kommunisten, die unpolitisch sind.

Schwarzenberg. Sozialdemokraten 3, 640, Kommunisten 10, 1924, Wirtschaftl. Vereinig. f. Handel, Handw., Gewerbe und Hausbesitz 4, 858, Liste der werkt. Angest., Arbeiter u. Beamten (bürgerlich) 4, 687, Vereinigte Bürgerlichen mit Neuwelter und Wittenauer Liste 6, 1251. Bisher 13, links, 13 Bürgerliche, jetzt 13 links, 14 Bürgerliche.

Sosa. 2 (1) Kommunisten, 198, 4 (5) Sozialdemokraten, 421, 5 (4) Bürgerliche, 474.

Thorsdorf. 9 (8) Bürgerliche, 6 (8) Linke.

Wöhlig. 7 Sozialdemokraten, 6 Bürgerliche.

Wahlergebnisse aus dem übrigen Sachsen.

Dresden.

5 Deutschnationale, 39 Verbundene Bürgerliche, 31 Verbundene Linke. Bisher 42 Bürgerliche, 42 Linke.

Leipzig.

Wirtschaftspolitische Gemeinschaften 115 481, Deutschnationale 3123, Unabhängige 7953, Wirtschaftspolitische 21 336, Vereinigte Sozialistische Partei 90 733, Demokraten 31 596, Kommunisten 68 753.

Annaberg. Bürgerliche 5507, Sozialdemokraten 2077, Kommunisten 1507.

Borsdorf. 2 Sozialisten, 2 Kommunisten, 1 Wirtschaftliche Vereinigung, 1 Beamter, 1 Mieter, 2 Deutschnationale.

Bad Liebenberg. 9 Bürgerliche, 3 Arbeiter und Beamte, 3 Kommunisten (verlieren 3 Sitze).

Bischofswerda. 12 (11) Bürgerliche, 7 (8) Linke.

Bautzen. 21 (20) Bürgerliche, 14 (15) Linksparteien.

Buchholz. Bürgerliche 2555, Sozialisten 987, Kommunisten 1050, Vobenerformer 354.

Burgstädt. 10 Sozialisten, 3 Parteilose (Beamte), 8 Bürgerliche.

Chemnitz. 4 Demokraten, 6022, 5 Hausbesitzer, 12 504, 15 Kommunisten 32 122, 10 Deutschnationale 21 771, 11 Deutsche Volkspartei 25 083, 18 Sozialdemokraten 85 802, 30 Bürgerliche (bisher 28), 31 Linksparteiler (bisher 32).

Cösitz. Bürgerl. 1639, Sozialdemokraten 864, Kommunisten 306 Stimmen. Sitze: Bürgerliche 10, Linksparteien 9.

Croßfeld. 7 Bürgerliche und 5 der Linksparteien.

Falkenstein i. V. 15 (13) Bürgerliche, 9 (11) der Linksparteien.

Frankenberg. Gewählt sind 15 (15) Sozialisten, 16 (15) Bürgerliche, Sozialdemokraten 2034, 1. Bürgerl. Wirtschaftl. Liste 1212.

Freiberg. Bürgerliche 9671, Sozialdemokraten 6685, 2. Bürgerliche Wirtschaftl. Liste 1645, Demokraten 1056, Kommunisten 1425.

Geyer. 9 Linke, 9 Bürgerliche, 1 Festbesoldeter. Hausbesitzer 679, Mittelstandsvereinigung 302, Bürgerverein 275, Landw. Verein 163, Industrievereinigung 251, Sozialdemokraten 978, Kommunisten 690, Festbesoldete 252.

Glauchau. Ver. Bürgerl. Part. 1152, Bürgerl. Wirtschaftl. 2334, Hausbesitzer 1885, Kommunisten 2098, Beamte (bürgerl.) 1251, Sozialdemokraten 8010.

Großschönau. 11 Bürgerliche, 10 Kommunisten, 4 Sozialdemokraten. Bisher 13 Sozialisten gegen 11 Bürgerliche.

Hainichen. 18 (12) Bürgerliche, 4 (4) Sozialdemokraten, 10 (11) Kommunisten.

Hilbersheim. 12 (11) Bürgerliche, 9 (10) Linke.

Wieschen. 3 Demokraten, 3 Deutschnationale, 14 Rechtspart., 12 Sozialisten, 5 Kommunisten. Insgesamt 20 (18) Bürgerliche gegen 17 (18) Linksparteiler.

Wittweiba. 7 Bürgerliche, 2 Landwirte, 3 Sozialdemokraten, 5 Kommunisten. Bisher: 10 Linke zu 7 Bürgerlichen.

Wittweiba. Linkstimmen 4650, Rechtsstimmen 4251.

Regis-Breuzschau. 9 Bürgerliche (2298), 8 Sozialdemokraten (2013).

Reustadt i. Sa. Bürgerliche 10 (8), Linksparteien 5 (7).

Reustadt. Rechts: 1494, Links: 822.

Rositz. Bürgerliche 8 (7), Sozialisten 7.

Sachsenhausen. 3 Sozialdemokraten, 9 Wirtschaftliche Vereinigung, 9 Kommunisten.

Sachsenhausen. Bürgerliche 2541, Sozialdemokraten und Kommunisten 2475. Bisher immer sozialistische Mehrheit.

Sachsenhausen. 2 Wirtschaftliche Vereinigung der Mieter (1987), 10 Kommunisten (8315), 11 Sozialdemokraten (9013), 4 Demokraten (18 555), 2 Sirt und Herbe (1161), 12 Wirtschaftl.-Sozialer Block (10 110).

Sachsenhausen. Bürgerliche 8, Linksparteien 7.

Sachsenhausen. 10 (9) Bürgerliche, 6 (10) Sozialdemokraten, 5 (3) Kommunisten.

Sachsenhausen i. V. 9011 Bürgerliche, 3147 Sozialdemokraten, 3040 Kommunisten.

Sachsenhausen. 2 Sozialdemokraten, 3 Bürgerliche, 2 Hausbesitzer, 4 Kommunisten. Bisher: 5:5.

Sachsenhausen. Rechts: 1077, Links: 589.

Sachsenhausen. Bisher 12: rechts 5, links 7; jetzt 18: rechts 8, links 5. Bürgerl. 802, links 547.

Sachsenhausen. 8 Bürgerliche, 8 Kommunisten, 4 Sozialdemokraten.

Sachsenhausen. 15 (14) Rechtsparteien, 10 (11) Linke.

Sachsenhausen. 4 Kommunisten, 7 Sozialdemokraten, 10 Bürgerliche.

Sachsenhausen. Landwirtschaftl. Liste 836, Hausbes. 577, Industrievereinigung 839, Ver. Sozialisten 8259.

Sachsenhausen i. V. 11 Bürgerliche (2440), 4 Sozialdemokraten (853), 4 Kommunisten (1013).

Sachsenhausen. 18 Bürgerliche, 12 Sozialisten.

Sachsenhausen. 18 Bürgerliche, 12 Sozialisten.

Sachsenhausen. 14 Bürgerliche gegen 11 Sozialisten. Bisher bestand Linksmehrheit.

Sachsenhausen. Deutschnationale und volksparteiliche Gemeinschaftenliste 5, Demokraten 6, Festbesoldete 5, Wirtschaftl. Vereinigung 4, Sozialdemokraten 7, Unabh. Sozialdemokraten 1, Kommunisten 1.

Sachsenhausen. Bürgerliche 21 418, Soz. 17 547.

Inspektionsreise des britischen Generalkonsuls von München nach der Pfalz.

Lord Curzon legte mit Belgien's Hilfe durch, daß die Verordnungen der „autonomen Regierung“ in der Pfalz suspendiert wurden und unwirksam blieben. Paris will nunmehr die Inspektionsreise des britischen Generalkonsuls von München durch die Pfalz gestatten, aber nur, wenn er sich durchweg von französischen Offizieren begleiten läßt. Bezüglich des französischen Einwandes die Militärs hätten kein Recht zur Einmischung in die innere Politik der Pfalz, und sollten jede tatsächliche Regierung anerkennen, meint eine Londoner „Times“-Meldung, die Bestrafung Ludwigs-hafens durch die Abderrung von Mannheim illustriert nur, wie das Niederziehen einer beständigen Zahl deutscher Bürger durch gemietete Sonderbändler, daß das eine innere Angelegenheit sei, in der Frankreich strikte Neutralität üben müsse, während das Erschießen der Sonderbändler durch patriotische Jünglinge Frankreich tief verärgere. Die „Times“ veröffentlichten einen dritten Artikel der die vertragswidrige Ausführung der Franzosen im Saargebiet bloßstellt.

Die Franzosen untersuchen die Pfalzvorgänge.

Anklage wegen Hochverrats.

Aus Speyer wird dem „Saarbrücker Tageblatt“ gemeldet: Die französische Militärbehörde hat die Strafverfolgung der Mörder der fünf Separatistenführer den deutschen Behörden aus der Hand genommen und dem französischen Kriegsgericht übertragen. Die Beschuldigung lautet auf Mord und Hochverrat gegen die autonome Republik Pfalz.

Der ermordete Separatistenführer Heinz Ordis hatte am Vorabend des Mordtages den Vertrag mit der französischen Militärbehörde abgeschlossen, der die Gendarmen der Pfalz dem französischen Oberkommando unterstellte und damit die letzte noch selbständige Exekutivbehörde der Pfalz den Franzosen auslieferte.

Die Zahl der verhafteten Geiseln war Freitag früh 82 nachdem eine große Anzahl verhafteter Bürger nach Stellung von Kautionen von den Separatisten wieder freigelassen waren. Aus Birmafen's wird gemeldet, daß die dortigen Führer der Separatisten Drohbriefe erhalten haben, so daß sie es vorzogen, Birmafen's zu verlassen.

Der Vertreter der Pfalz von Tirard nicht empfangen.

Die Vertreter der pfälzischen Bevölkerung, die für die Städte und für mehr als 650 Landgemeinden der Pfalz für die Wirtschaft- und Berufsverbände sowie für die sämtlichen Konfessionen sprechen wollten, hatten die Rheinlandskommission um eine Audienz, die jedoch zurückgestellt wurde, gebeten. Lediglich der Bischof von Speyer Dr. Sebastian wurde von dem französischen Oberkommissar Tirard empfangen und hatte Gelegenheit ihm die durch die Separatistenherrschaft hervorgerufenen unheilbaren Zustände in der Pfalz, welche von der Bevölkerung einmütig abgelehnt werden, darzulegen. Die pfälzische Kommission wird ihre Bitte erneuern.

Die Rheinlandskommission verschleht die Anerkennung der „Pfalzregierung“.

Aus Koblenz wird amtlich mitgeteilt, daß im Anschluß an die Ermordung des Heinz die Rheinlandskommission beschlossen hat, eine Entscheidung bezüglich der Einregistrierung der Verordnungen der provisorischen pfälzischen Regierung auf acht Tage zu verschlehen. Man rechnet damit, daß in diesen acht Tagen eine Lösung in der Untersuchung der Frage gefunden werden kann, die England von Frankreich verlangt habe.

Die Nonnenentführung.

Von Johann Konrad Friederich.
(3. Fortsetzung.)

Endlich war der verhängnisvolle Tag herangekommen, an dem wir die heiligen Mauern betreten sollten. Schon den Tag vorher hatten wir uns als Angelika Wettern bei der Frau Abtissin anmelden lassen, und die erste Stunde vormittags war zu unserem Empfang bestimmt. In aller Fröhe eilten wir zur Kenter, wo wir unsere neuen Uniformen vorfanden, welche diese nach einem ungefähren Maß für uns hatte fertigen lassen. Indem sie dem Schneider sagte, sie seien zum Geschenk für ein paar junge Weisliche in Elbtha-Bechla bestimmt. Wir kostümierten uns mit Hilfe der Kenter, sahen einander an und lachten; mein Kamerad hatte seinen Bart abrasiert was bei mir noch nicht nötig war, und wir fanden uns in den geistlichen Kleidern ganz bequem; als wir angekleidet waren, erschienen auch die Cesarini, sie lachte zwar äuferte aber nicht, sie wollte nichts davon wissen, wir seien die größten Sünden, die es je gegeben. Endlich rollte der Wagen vor, der wohl verschlossen war; wir stiegen ein und man wünschte uns eine glückliche Reise. Unterwegs stellten wir allerlei Betrachtungen an, unter anderem auch, was man wohl mit uns anfangen werde, wenn man uns erwischte und für das erkennen würde, was wir wirklich seien. Bonnier meinte dann würden wir ohne weiteres der heiligen Inquisition überliefert und verbrannt werden, ich aber glaubte, wir würden als Franzosen wohl allmählich davon kommen, besonders da wir einem Kaiser angehörten der Gentesreiche liebt, und deren selbst täglich ausführe, genau ich war von der muntersten Saune der Welt denn das Abenteuer fing an, mir das größte Vergnügen zu machen. Doch hatten wir uns auf alle Fälle jeder mit ein paar Karol geladenen Revolvern versehen.

Unter diesen und ähnlichen Gesprächen gelangten wir an die Pforten der Wohnung der heiligen Jungfrauen. Der Wagen hielt an, wir stiegen recht ehrenfest heraus und knieten. Die Tür drehte sich langsam in ihren Angeln. Guck waren wir drin, und die Halle hinter uns fiel zu. Daß mir in diesem Augen-

Die Auseinandersetzung zwischen Paris und Bonn über die pfälzische Angelegenheit dauert fort. Die „Times“ unterstreicht die Notwendigkeit unparteiischer Untersuchungen in der Pfalz und weist darauf hin, daß die Lage auch im Saargebiet unhaltbar sei.

Politische Kreise betrachten den Vorstoß der englischen Diplomatie in der separatistischen Frage hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt des baldigen Auscheidens von Curzon, der offenbar seinen Nachfolgern Gelegenheit geben will, ihre diplomatischen Talente möglichst bald beweisen zu können.

Ein Opfer der separatistischen Bewegung.

Ueber die Opfer der separatistischen Bewegung in der Pfalz erhalten wir folgende Statistik: ausgewiesen sind bis jetzt etwa 70 Beamte und Privatleute und etwa 180 Familienangehörige. Verhaftet einschließlich der jetzt nur vorübergehend festgenommenen über 100 Personen und getötet über 30.

Von Separatisten zu Tode mißhandelt.

Zum Tode mißhandelt wurde von den Separatisten, die seit einiger Zeit ihre Gefangenen in der unmenschlichsten und brutalsten Weise behandeln, ein Birmafen'ser Einwohner namens Massa, der gegen die Verhaftung eines Kriegsinvaliden namens Hermann Seebach Einspruch erhoben hatte. Massa wurde daraufhin selbst verhaftet und von den Separatisten berart mißhandelt, daß er in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus übergeführt werden mußte. Auch der einarmige Kriegsinvalid ist auf das schwerste mißhandelt worden.

Macdonald über die Tat von Speyer.

„Daily News“ melden, Macdonald habe sich über den Mord von Speyer dahin geäußert, daß Wortdaten strengste Sühne forderten, daß aber die Ursachen zu neuen Worten im besetzten Gebiet beseitigt werden müßten. Das könne nur geschehen, wenn das Land denjenigen in Verwaltung und Leitung zurückgegeben würde, die ein Anrecht auf die Regierungsgewalt hätten. Er werde alles tun, um diese Maßgabe zur beschleunigen; nur dem sei das Erstarren der deutschen Reaktion und damit die Kriegsgefahr in Europa zu beseitigen.

Die Antwortnoten bleiben geheim.

Wie die Telegraphen-Union an zuständiger Stelle erfährt, ist nach den Bereinigungen zwischen den beteiligten Regierungen eine Veröffentlichung der französischen und belgischen Antwortnote nicht beabsichtigt.

Eine Note der Reichsregierung an Kollat.

Die Note, die von der Reichsregierung am 8. 1. an die Interalliierte Militärkontrollkommission gerichtet worden ist, hat folgenden Wortlaut:

„Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 30. v. M. zu bestätigen, in der Sie anfordern, daß am 10. und 12. Januar in Moskau, Berlin, Dresden, Stuttgart, München, Paderborn, Breslau und Frankfurt a. M. Kontrollbesuche vorgenommen werden sollen. Die deutschen Verbindungsstellen und die für die Kontrolle selbst in Betracht kommenden Behörden sind angewiesen den Kontrolloffizieren die Durchführung dieser Besuche zu ermöglichen. Die Reichsregierung hat mich in diesem beauftragt, Ihnen, Herr General, bei dieser Gelegenheit zu erklären, daß Ihrer Ansicht nach die Kontrollkommission ihre Aufgabe, soweit diese sie mit militärischen Stellen in persönlichen Kontakt bringt, beendet hat. Diejenigen Aufgaben, welche die Wirtschaftskonferenz als noch offen betrachtet, und an deren Durchführung die Deutsche Regierung mitzuwirken durchaus bereit ist, erfordern keine Besuche bei militärischen Stellen.“

„Ich ganz sonderbar zu Mut war, will ich nicht leugnen, auch mein sie über die Ohren verliebter Freund schien etwas betreten. Dies gab uns aber gerade ein gewisses frommes und schüchternes Ansehen, was uns in diesem Augenblick sehr gut zukommen ließ, und die Schwester Pförtnerin führte uns durch lange düstere Gänge, große Hallen und enge Stiegen hinauf in das Sprechzimmer, wo sie uns warten ließ, indem sie sagte sie gehe, und der Frau Abtissin zu melden. Diese war nach ihren Versicherungen, von der Absicht unseres Besuches schon unterrichtet und wußte, daß wir der Marzell Überwande seien.“

Wir waren jetzt allein und hatten Zeit, das Sprechzimmer zu besetzen, uns vorzubereiten und unsere Betrachtungen anzustellen. Daß die Abtissin selbst kommen würde, wie es schien, war uns eben nicht sehr angenehm; wir fürchteten, da man sie uns als eine sehr schlaue Frau geschildert hatte, durch ihre Fragen in Verlegenheit zu kommen. Jetzt hörten wir Tritte, eine Tür jenseits des Gitters wurde geöffnet, und vier verschleierte Nonnen traten ein, von denen sich jedoch die eine, die Pförtnerin, sogleich wieder entfernte; die übrigen drei traten nahe ans Gitter, wir erkannten bald Angelika und zwei ältere Schwestern; die Abtissin war zu unserer großen Freude nicht dabei. Ich redete erstere sogleich mit „teuerste Waise“ an, schüttelte eine Tasche voll Empfehlungen von ihren Eltern und Geschwistern zu Befehl aus, so daß niemand zu Worte kommen konnte, und mein verlegener Freund sowohl, wie Angelika sehr gewannen, sich zu sammeln. Anfangs konnte das schöne, fromme Kind nichts anderes als ja und nein stammeln, bald aber wurde ihr die Junge etwas gelockter, und sie fing an, sich nach ihren Überwanden zu Befehl zu erkundigen, was ich so gut als möglich beantwortete; endlich hatte Bonnier auch ein Herz gefaßt und knüpfte eine Unterhaltung an, ich nahm die Gelegenheit wahr und unterhielt mich recht eifrig mit den beiden anderen Schwestern von himmlischen und irdischen Dingen und wußte sie so gut zu amüsieren, daß sie weder von den Worten noch von den Blicken etwas gewahr wurden, welche man auf der anderen Seite wechselte; mir aber war es nicht entgangen, daß das Bräutchen, welches Bonnier schon seit 14 Tagen 80 mal umgeschrieben, glücklich durch das enge Gitter in Angelikas niedliche Hand-

ten, Abgesehen von jenen noch offenen Aufgaben ist alles was der Teil 3 des Vertrages von Versailles an Abstützungsforderungen enthält, längst erfüllt worden. Der durch diese Abstützung geschaffene Zustand unterliegt nach Artikel 213 des Vertrages von Versailles nicht dauernder Kontrolle, sondern lediglich der Möglichkeit einer etwa aus besonderen Gründen vom Rate des Völkerbundes anzuordnenden Spezialuntersuchung. Wenn die Deutsche Regierung gleichwohl für die für den 10. und 12. 1. in Aussicht genommenen Kontrollbesuche die Voraussetzungen geschaffen hat, so hat sie das getan in der gewissen Erwartung, daß ihre eben dargelegte Rechtsauffassung auch bei der Interalliierten Militärkontrollkommission volle Würdigung finden und daß von weiteren Kontrollbesuchen abgesehen werden wird. (Beg.: Morast.)

Der Völkerbundskandal.

„Observer“ nennt in einem Leitartikel über den Einfluß des Völkerbundes in Europa das Jahr 1923 das schlimmste der vier Jahre, die auf den großen Beschlag von Versailles gefolgt seien. Es begann mit der Wiederaufnahme des Krieges gegen Deutschland seitens Frankreichs in schwerer Verletzung eines feierlich unterzeichneten Vertrages.

Die unblutige Annexion kostete in 12 Monaten fast 150 Einwohnern des Ruhrgebietes und des Rheinlandes das Leben. Ueber 100 000 Menschen wurden von ihren Wohnstätten und aus ihrem Beruf vertrieben. Der Abshau der Bevölkerung wurde ermutigt, organisiert und bezahlt, um die große Mehrheit ihrer Landsleute einzuschüchtern, bis die Not sie zwingt die Abhängigkeit von einer Nation anzunehmen mit der sie weder Sprache noch Gewohnheiten gemeinsam haben.

Noch in letzter Woche habe die Ermordung von Deutchen durch Deutsche der augenblicklichen Politik Frankreichs eine neue Verantwortung auferlegt. Das Saargebiet sei in vieler Hinsicht ein noch dunklerer Punkt als das Ruhrgebiet und das Rheinland. Auch dort werde aller Scharf sinn angewandt, um Besetzung in Annexion anzuwandeln. Dort sei der Völkerbund durch Duldung der in seinem Namen begangenen Mißbräuche direkt in den Skandal verwickelt. Der Beschlag des Völkerbundes könne an der Tatsache gemessen werden, daß er an den Hauptbewegungen des letzten Jahres überhaupt nicht teilgenommen habe. Er führe ein halbes Dutzend auf dem Kontinent, der eine Million Menschen mehr in Waffen halte als im Jahre 1914. Diese Tatsachen, so erschreckend sie seien, könnten nach Ansicht des „Observer“ den wirklichen Bund, der noch geschaffen werden müsse, nicht zerstören.

Lloyd George über Englands Ohnmacht.

Der „Courant“ meldet aus London: Lloyd George ist aus seiner bisherigen Zurückhaltung seit dem Wahlsieg hervorgetreten. „Daily Chronicle“ bringt eine längere Unterredung mit dem einstigen Premierminister. Lloyd George sagte, er bilige die Entschlebung seiner Partei, das Kabinett Macdonald zu unterstützen, sofern es die Anerkennung Sowjetrußlands von der Bezahlung aller englischen Schulden abhängig mache. Eine bedingungslose Anerkennung Sowjetrußlands würde aber die Arbeiterregierung schnell zum Sturz bringen. Die internationale Ohnmacht Englands sei nie größer gewesen als jetzt. Deutschlands Gefährlichkeit habe man durch den Krieg radikal beseitigt, dafür stehe heute Frankreich als drohende Militärmacht auf den Trümmern Deutschlands. Für die-

chen passiert, und von dieser schnell unter dem Rufschleier verborgen ward. Ueber eine gute Stunde waren wir bereits da, als ich meinem Freund durch Zeichen und Worte zu erkennen gab, daß es nun Zeit sei, sich zu entfernen. Wir empfahlen uns den frommen Schwestern bestens, welche uns ihren reichlichen Segen mit auf den Weg gaben, und unseren gottesfürchtigen Vorgesetzten über die Mägen lobten, recht fromme Gesellige zu werden, und auch baten, den Besuch recht bald zu wiederholen, was wir gerne versprachen. — Nach einem Blick auf Angelika und mir waren zum Sprechzimmer hinaus, wo uns die Pförtnerin empfing und bis vor die äußeren Klosterpforten geleitete.

Freund Bonnier schwamm abermals in Entzücken und beteuerte wiederholt, er müsse Angelika besitzen, und wenn er, ein zweiter Nero, das Kloster und ganz Rom in Brand stecken solle. — So arg wird es hoffentlich nicht werden, fiel ich ein, und bat ihn mir zu sagen, wie weit er mit ihr gekommen sei. Hierauf erzählte er mir, was ich schon wußte, nämlich daß er das Bräutchen glücklich angebracht, aber mitleidlich nur mehr im allgemeinen gesprochen, und es nicht gewagt habe, ihr eine förmliche Liebeserklärung zu machen aus Furcht, die anderen hätten etwas merken können, morgen aber müsse die Kenter ins Kloster, um die Wirkung zu erfahren, welche unser Besuch und der Brief, gemacht habe und demnach die weiteren Vorkehrungen so bald als möglich zu treffen. Bei unserer Zurückkunft trafen wir die Damen an, welche uns mit der gespanntesten Neugierde erwartet hatten, um das Resultat unseres Besuches zu erfahren, das wir bis jetzt selbst noch nicht wußten. Es wurde nun einstimmig beschlossen, daß Marzemolle Kenter den kommenden Morgen dahin fahren solle, um sich davon zu unterrichten. Wir wechselten unsere Kleider und ritten gegen Abend auf den Corfa; um allen möglichen Verdacht zu vermeiden, waren wir übereingekommen, daß weder Bonnier noch ich uns wieder in Uniform in der Nähe des Klosters dürften blicken lassen. Den Tag darauf erwarteten wir die Kenter mit eben der Ungeduld, als sie uns gestern erwartet hatte; es war beinahe Mittag, als sie zurückkam und Bericht über ihre Erkundigungen erstattete.

(Fortsetzung folgt.)

Stimmenverhältnis bei den Stadtberordnetenwahlen in Aue.

Stimm-Bezirk	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1. Stimmbezirk (Stadthaus)	1758	1275	4	244	217	325	143	842		
2. Stimmbezirk (Waldhaus Auer)	1474	1126	2	493	305	119	131	76		
3. Stimmbezirk (Waldhaus Alt-Aue)	1887	1409	6	381	253	303	173	286		
4. Stimmbezirk (Waldhaus Bürgergarten)	1896	1466	6	386	282	288	174	330		
5. Stimmbezirk (1. Bürgerschule)	1518	1141	2	341	251	209	180	178		
6. Stimmbezirk (Waldhaus Kellerei)	1489	1199	4	500	276	147	123	142		
7. Stimmbezirk (Waldhaus Mühlental)	1464	1079	5	318	269	213	85	189		
8. Stimmbezirk (Handelschule)	1493	1074	3	294	264	199	143	171		
Gesamtzahl	12979	9769	32	2957	2117	1803	1122	1724		
Verteilung des einzelnen Stimmbezirks										
	8	6	5	3	5					

Bisher Linksparteien 14 Vertreter, Bürgerliche 18 Vertreter, also ist der Stand der gleiche geblieben.

ten Kreis hätte man den Krieg nicht vier Jahre geführt. Die Bildung einer Arbeiterregierung ist deshalb zu begrüßen da sie die einzige ist, die ohne Hemmnisse einen wilden Verbänden zu der Einheit zurück bringen könnte, die während des Krieges zwischen den Illustrierten bestanden hätte. Er wünscht, daß MacDonald die Stunde erkenne.

Ausfahrungen von Fabrikbelegungen in Köln.

In verschiedenen Kölner Vororten ist es zu Ausfahrungen von Fabrikbelegungen gekommen. So brangen mehrere hundert Leute in die in Köln-Poll gelegenen Rheinischen Werke ein und besetzten das Direktionsgebäude, die Fernsprechanlage und das Werk. Die wurden von der Polizei entfernt. Etwa 200 Leute drangen in die Chemische Fabrik von Vorster u. Grünberg in Köln-Kalk ein. Auch dort drängte die Polizei die Eindringlinge wieder hinaus. Ansammlungen in Köln-Chrenfeld und in der Mülheimer Straße wurden zerstreut. Insgesamt kamen über 120 Personen wegen Landfriedensbruchs und Widerstandsleistung zur Anzeige. In einem Falle wurde der Direktor einer Aktien-gesellschaft schwer mißhandelt.

Kleine politische Meldungen.

Demonstrationen gegen die Militärkontrolle in Stuttgart. Anlässlich des Kontrollbesuches der internationalen Kontrollkommission beim Wehrkreiskommando 5 in der Ulugastrasse kam es zu Kundgebungen einer Anzahl junger Leute, die schrien und piffen und patriotische Lieder sangen. Zu Verstärkungen der Kontrollkommission kam es nicht. An einem unbesetzten Kraftfahrzeug wurde eine Scheibe eingeschlagen. Schließlich wurde ein starkes Polizeiaufgebot eingesetzt, das die Demonstranten in Schach hielt. Später fuhr die Kommission nach Cannstadt. Bei der Rückkehr von dort in das der Kontrollkommission überlassene Gebäude in der Friedrichstraße kam es wieder zu größeren Kundgebungen. Während sich die Kommission im Haus befand, sammelte sich eine ungeheure Menschenmenge an, die patriotische Lieder sang. Die Ansammlung nahm einen solchen Umfang an, daß starke Polizeikräfte aufgeben werden mußten, um die Menge zum Aus-einandergehen zu veranlassen. In weiterer Belästigung der Kommissionsmitglieder kam es nicht.

Ein politischer Mord in Berlin. Ein politischer Mord ist am 7. d. M. im Hause Oberberger Straße 15 begangen worden. Dort wurde der Feiler Johann Rausch im dunklen Gangflur von zwei noch nicht ergriffenen Personen niedergeschossen. Rausch, der selbst der kommunistischen Partei als Mitglied angehörte, sollte von seinen Parteigenossen erledigt werden, weil man ihn des Parteiverrats beschuldigte. Als Täter kommen zwei Männer in Frage, die in kommunistischen Kreisen als Vater und Sohn bekannt sind. Vater war Mitglied der russischen Fraktion.

Neue Stände in Thüringen. Zur Amtseinführung des Kreisrichters Koch in Gotha wird in amtlichen Berliner Kreisen mitgeteilt, daß gegen seine Amtsführung Beschuldigungen erhoben werden, die sich in gleicher Richtung bewegen, wie die gegen Regierungsrat Kunz geltend gemachten. Es soll sich um zwei Fälle handeln, in denen dem Kreisdirektor vorgeworfen wird, Vorarbeiten vorgenommen zu haben. Die Ermittlungen in dieser Angelegenheit haben sich längere Zeit hinzogezogen und nach mehrmaligen Verhandlungen Kochs in Weimar nunmehr zur Amtseinführung geführt.

Die Angeklagten im Hitler-Ludendorff-Prozess. Bei den unter der Anklage des Hochverrats stehenden Personen im Hitler-Ludendorff-Prozess handelt es sich um folgende Persönlichkeiten: Hitler, General Ludendorff, dessen Stiefsohn, Oberlandesgerichtsrat Böhmner, Polizeikommissar Fried, den Führer des Bundes „Oberland“ Dr. Weber, den Führer der „Reichsriegelskammer“ und Leutnant Weidner. Die strafrechtliche Verfolgung der außer Landes geflüchteten Putschführer, wie Hauptmann Gehrung, bleibt vorbehalten.

Die französische Schuld an England. Nach „Daily Express“ erklären Pariser diplomatische Kreise, Frankreich würde, wenn die englische Arbeiterregierung Aufhändlungs-Schulden an England freilege, auch seinerseits Erlass der französischen Kriegsschuld an Großbritannien verlangen.

Italienisch-südslawisches Bündnis bevorstehend. Das sensationelle Ereignis auf der Konferenz der kleinen Entente in Weizsäcker war die Aufgabe der italienisch-südslawischen Annäherung, wodurch die ganze politische Lage in Europa unter Umständen ein anderes Gesicht erhält. Wie verlautet, steht ein italienisch-südslawisches Bündnis in Sicht; nach anderen Mitteilungen soll es bereits abgeschlossen worden sein.

Von Stadt und Land.

Aue 14. Januar.

Aufhebung der Kleinrenten Kampfverordnungen? Von gutunterrichteter Seite erfährt der Aue-Zeitung, daß der neue Volksbildungsminister Dr. Kaiser die Aufhebung der herkömmlichen Kampfverordnungen des gewesenen Volksbildungsministers Fiebigner, die sich gegen das Schulgebet, die Teilnahme am Religionsunterricht richtete, im Interesse der Religions- und Gewissensfreiheit aufheben wird. Die begünstigte Verordnung steht unmittelbar bevor. Die völlige Freiheit der Lehrer und Schüler bezüglich der Nichtteilnahme oder Nichterteilung von Religionsunterricht bleibt selbstverständlich garantiert.

Dritter Nachschulungslehrgang für Wohlfahrtspflegerinnen. Das Ministerium des Innern, Landesamt für Wohlfahrtspflege, will in den kommenden Monaten bei der Sozialen Frauenschule von Fr. Dr. Lotte E. Schurig in Dresden einen Dritten Nachschulungslehrgang für Wohlfahrtspflegerinnen, zur Erlangung der staatlichen Anerkennung veranstalten. Der Lehrgang beginnt Anfang Februar und schließt Ende Mai mit einer Prüfung ab. Zur Teilnahme werden Persönlichkeiten zugelassen, die seit drei Jahren in der Wohlfahrtsarbeit stehen und außerdem eine pädagogische, pädagogische oder wirtschaftliche Fachprüfung abgelegt haben. Der Lehrgang, der sich auf die Sozialen Frauenschule von Fr. Dr. Lotte E. Schurig in Dresden, R. Wilhelmstraße 7, einzureichen. Dem Besuch sind beizufügen: 1. ein ausführlicher Lebenslauf, 2. ein bezirksärztliches Gesundheitszeugnis, 3. das letzte Schulzeugnis, 4. Zeugnisse

über fachliche Vorbildung, 5. Zeugnisse über bisher geleistete praktische Arbeit. Mitteilungen über die Höhe der Teilnahmegebühren werden noch bekanntgegeben.

Sonnenaufgang am 15. Januar 8.00, **Sonnenuntergang** 4.19, **Mondaufgang** 12.14, **Monduntergang** 1.28 nachts.

Geschlossene Trachten- und Kostümfeste sind erlaubt. Nach einer Bekanntmachung des Ministeriums des Innern findet das in diesem wie im vergangenen Jahre erlassene Verbot der Masken- und Kostümfeste auf Trachten- und Kostümfeste, die innerhalb eines geschlossenen Personenkreises und ohne öffentliche Bekanntmachung stattfinden, keine Anwendung. Mit Rücksicht auf die zahlreichen Gewerbetreibenden und deren Angehörige, die nach den gegenwärtigen Verhältnissen unmittelbar oder mittelbar von diesen Veranstaltungen abhängen und bei vollständigem Ausschluß derselben auf schwerste in ihrer Existenz getroffen würden, wollte man das Verbot nicht weiter in Kraft greifen lassen, als es seinen nächsten Motive entspricht. Dieses lag bekanntlich in dem Widerspruch, in das sich derartige, nach außen hervortretende Belustigungen zu der in der Bevölkerung herrschenden Notlage setzten. Mißbräuche die bei dieser Regelung versucht werden sollten, bleiben polizeilicher Überwachung und Einschreiten überlassen; die Veranstalter würden nach der Verordnung über Langvergnügen vom 8. Juli 1922 bestraft werden und sich polizeilicher Schließung aussetzen.

Die Ansammlungen auf dem Markt und in den dort ausgehenden Straßen, über die wir am Sonnabend berichteten, erneuten sich am Nachmittage immer wieder, so daß, da sich die hiesigen Polizeikräfte zur Verstärkung als zu schwach erwies, Verstärkung herangezogen werden mußte. Mit vereinten Kräften gelang es dann, in kurzer Zeit den Markt sowie die Straßen und Plätze restlos zu säubern. Freilich ging das nicht ohne Gummiknüppel. Ausgenutzt den traurigen Ruf, daß wiederholt mit Gewalt gegen Straßensünder vorgegangen werden muß. Selbst jetzt, wo seit Wochen und Monaten überall Ruhe und Ordnung herrscht, fordern junge, unreife Wurschen und sonstige raddauschlägige Elemente die Ordnungsorgane zum Einschreiten heraus. Und wenn das letztere geschieht, dann gibt es noch Männer und vornehmlich Frauen, die sich über die Maßnahmen der Polizei erregen, statt dafür dankbar zu sein. Wir möchten diesen Leuten raten, sich, bevor sie ihre Urteile fällen, von den Dingen, wie sie sich abspielen, zu überzeugen. Der Vorurteilslose würde wissen müssen, daß die Polizeiorgane eine Verantwortungswürdige Langmut an den Tag legen. Sie haben die Aufgabe, ungehinderten Verkehr und Ordnung auf Straßen und Plätzen aufrecht zu erhalten. Wenn ein Flugplatz oder ein Schützenbeschlagsplatz wird, so sind das noch keine Gründe, Ansammlungen zu machen und sich den Aufforderungen der Polizei, weiterzugehen, widersetzen, Schimpfsworte über diese auszusprechen und drohende Haltung einzunehmen. Dieses Verhalten hat mit Politik nichts zu tun es hat auch nichts mit Politik oder mit Demonstrationen aus wirtschaftlichen Gründen zu tun, wenn jeder Stehstragen tragende Mensch angepöbeln wird oder wenn eine lobende Menge mit Gebrüll, unflätigen, nicht wiederzugebenden Redensarten über einen Industriellen herfällt und es aus Hunderten von Mäulern Klingel schlägt ihn tot. Das sind nur verwerfliche Räuereien, gegen die mit aller Schärfe vorgegangen werden muß. Soll sich die Polizei von Straßensündern zum Narren halten lassen, die von der einen Straße vertrieben, auf einer anderen wieder erscheinen, ob dieses Dummengemisches lachen und johlen und die Polizeibeamten beschimpfen? Und soll etwa, bis auf Höchstes erregt und gendrit, auswärtige Hilfe heranzufordern, die Polizei mit: „Mit Schär, haben Sie die Wä, und zu sagen, was Sie hierher führt, wie wollen dann mal unter-suchen, ob Sie hier bleiben oder weitergehen oder einen anderen Weg gehen können“, vorgehen? Gewiß wird bei Straßensammlungen mancher Unschuldiger in Mitleidenschaft gezogen, aber das läßt sich doch nicht ändern. Wenn dabei etwas geschieht, der soll gegen diejenigen erregt sein, die das Einschreiten und heftige Vorgehen der Polizei herausforderten, es sei denn, daß er selbst zu diesen verwerflichen Elementen oder zu den Reugierigen gehört. Auch den Letzteren geschieht nichts Unrechtes, wenn einmal der Knüttel über den Rücken streift. Öffentlich war die Polizeistreife vom Sonnabend die letzte in unserem früher so friedlichen Viertel. Die Straßensicherheit hat es in der Hand. Sie braucht sich nur ein für allemal von Radikalismus und grünen Radikanden und an Ordnung nicht gewöhnten Parteien abwenden.

Aus der Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg am 9. Januar 1924. Vorsitzender Amtshauptmann Dr. v. Schwarz. Kenntnis genommen wurde von der Verordnung des Finanzministeriums vom

18. Dezember 1923, betreffend die an die Staatskasse zu zahlenden Vergütungen für die Tätigkeit der Amtshauptmannschaften in kommunikativen Angelegenheiten. Es soll eine Herabsetzung der Vergütungen angestrebt werden, da diese mit dem Zeitab-wand der Amtshauptmannschaften für kommunikativen Angelegenheiten, abgesehen von der allgemeinen Gehaltsverminderung, nicht im Einklang zu bringen sind. — Der Beitritt des Bezirksverbandes zum Bezirksobstbauverein wurde beschlossen, da der Bezirksverband eine größere Obstanlage bei dem Bezirksamt besitzt. — Die Gebühren für die Revision der Verdrucksapparat wurden durch einen Nachtrag zum Regulator über die pneumatischen Verdrucksapparate im Bezirk der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg erhöht. — Ein Musterentwurf zu einem Ortsgesetz über die kostenlose Totenbestattung in den Gemeinden wurde aufgestellt und die Amtshauptmannschaft ermächtigt, Ortsgesetze, die dem Musterentwurf entsprechen, im Namen des Bezirksausschusses zu genehmigen. — Der Erhebung der Bezirksumlage nach Goldmark und der allmonatlichen Umlage des Aufwandes für die Erwerbslosen-sicherung auf die Gemeinden wurde zugestimmt. — Die Erhebung der Jugitersteuer für das 1. Vierteljahr 1924 soll erfolgen nach dem Satz von 12 Mark für ein Pferd (ermäßigter Satz 9 Mark) und von 9 Mark für andere Haustiere (ermäßigter Satz 6.75 Mark).

Planen. Zusammenkünfte bei Wahlveranstaltungen. Die erste öffentliche Wahlversammlung für die Stadtverordnetenwahlen, die von der SPD. einberufen war und in der Innenminister a. D. Hubmann sprach, nahm einen stürmischen Verlauf. In der Kubstraße veranstaltete das Auftritte von kommunistischen Rednern derartig lärmende Zwischenfälle, daß die Versammlung vorzeitig abgebrochen werden mußte. — In Reichensbach kam es bei einer Wahlversammlung zu blutigen Zusammenstößen, bei denen vier Personen verletzt wurden.

Planen. Gefährdung eines Lokomotivführers. Als der D-Jug Berlin-Wien am Mittwoch mit 70 Kilometer Geschwindigkeit durch Planen dampfen sollte, stand das Signal auf „Fahr! Strecke frei!“ Doch der Mann auf der Maschine erkannte falsches Signal. Er vermutete, daß die Weiche eingefroren sei und sah, daß auf dem selben Weiche, kaum 500 Meter vor ihm, der fällige Güterzug herandampfte. Ein Entschluß von Augenblicken — die Bremsen des D-Juges arbeiten, und nach während der letzten Meter fährt schwingt sich der Führer von der Maschine und eilt in rasendem Lauf mit geschwungenen Laterne dem Güterzug entgegen. Die Güterzugmaschine stoppt. Auf wenige Meter Entfernung stehen sich die beiden Maschinen gegenüber. hätte der Lokomotivführer nicht erkannt, daß der D-Jug auf das un-rechte Weiche gegelitten, so wäre ein furchtbares Unglück entstanden. Doch die Reisenden ahnten nichts von der Gefahr, die so glücklich vermieden worden war.

Baugen. Die Aushebung eines kommunistischen Waffenlagers ist der hiesigen Polizei gelungen. Es konnten Revolver, Gewehre nebst Munition, Sten-gewehre u. a. m., die alle den seitherigen kommunistischen Hundertschaften gehörten, sichergestellt werden. Mehrere Personen wurden festgenommen. Einige der Festgenommenen wurden außerdem beschuldigt, zu verbotenen kommunistischen Demonstrationen aufgefordert und den Teilnehmern Waffen zuge-worfen zu haben. Im weiteren Verlaufe der Angelegenheit wurden auch noch verschiedentlich zur Verteilung bestimmte ver-botens Zeitungen und Flugblätter beschlagnahmt.

Vermischtes.

Washingtons Mauerwerk. Es ist keine gewöhnliche Mauerwerk, sondern jene Mauerwerk, mit der George Washington am 18. September 1793 den Grundstein zum Kapitoll in der Hauptstadt der Vereinigten Staaten, dem nach ihm benannten Washington gelegt hat. Damals trug der Präsident Washington die Abzeichen der Freimaurer, obgleich er im Freimaurerorden zu jener Zeit kein Amt bekleidete. Seitdem ist diese Mauerwerk häufig zu Heromonien ausge-stiegen worden und im Jahre 1893 wurde sie sogar in New-York feierlich für diesen Zweck geweiht. Sie wurde dann durch den ganzen amerikanischen Kontinent geführt und schließlich beim Grab Washingtons in Mount Vernon (Virginia) auf-bewahrt. Nunmehr hat die Großloge der englischen Freimaurer gebeten, ihr diese Mauerwerk zu einer Feiertag zu lassen, und das Werkstück wird also auch die Mauerwerk über den großen Teil antreten.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Hans Selmann. Druck u. Verl.: Aue Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue.

Sächsischer Pressetag in Dresden.

In Dresden fand vom 11.—13. Januar ein Presse-Tag, an dem Mitglieder der sächsischen und Auslandspresse teilnahmen. Die Gäste wurden im Regium der Tagung im Neuen Rathaus von den Bürgermeistern, dem Stadtverordnetenpräsidenten und den Dresdner Presse empfangen. Nach einem Frühstück besuchte die Gesellschaft den General Müller. Im Schauspielhaus hielt Kultusminister Dr. Kallar eine Begrüßungsrede; sodann erfolgte die Aufführung von Gerhard Hauptmanns „Schlud und Bau“.

Am zweiten Tage sprach Ministerpräsident Seibt vor den Auslandsjournalisten im Landtage und stellte in den Mittelpunkt seiner Rede den Gedanken, daß der Dienst des Journalisten ein Dienst fürs Vaterland sei und sein müsse. Das, was Reichstagsler Marx am 14. Dezember 1923 ausgesprochen habe, billige er voll und ganz: „Die Presse als Institut der öffentlichen Wohlfahrt, als Institut zur Wahrung des öffentlichen Interesses und öffentlichen Wohles hat auch den Anspruch darauf, in dieser ihrer Eigenschaft von der Öffentlichkeit vom gesamten Volk und vom Staatswesen anerkannt zu werden. Ueberaus wichtig ist die Sicherung der geistigen Vertretung der Presse in ihrer beruflichen sozialen und wirtschaftlichen Stellung.“ Ein Volk, das seine Presse verkommen läßt, gibt sich dadurch selbst auf! Eine Neuorganisation der Presseverhältnisse, der Gesetze sei daher notwendig.

Nach diesen Ausführungen ergriff der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold das Wort und sagte, daß die Presse immer wieder in ihrer Bedeutung erkannt werde, obgleich sie einen so bedeutsamen politischen Faktor des modernen Lebens darstellt. Die Freiheit der Presse stehe im engen Zusammenhange mit ihrer wirtschaftlichen Lage. Deshalb ist es Pflicht, der Notlage, in der sich die Presse und ihre Angehörigen befinden Rechnung zu tragen. An die Vertreter des Auslandes besonders wandte sich der Minister und bat sie, die Not, die in Deutschland herrscht, nicht in Brunkhotels und Kurorten suchen zu wollen, sondern mitten im Volk. Ebenso müsse dem Auslande mitgeteilt werden, daß in Sachsen wieder Ruhe und Ordnung eingeleitet seien, eine Angelegenheit, über die auch am Vortage der Militärbehörden gesprochen hatte. Auslandshilfe habe viel zur Beseitigung der Not getan, besser aber sei Arbeit. Wodurch ergriff Syndikus Dr. Rudolf Schneider. W. d. R., das Wort zu Ausführungen über die sächsische Volkswirtschaft in ihren Beziehungen zu den Aufgaben der Presse. Nachdem jahrelang viele Beziehungen gerührt worden seien, sei nunmehr viel Wiederaufbau nötig. Von Messe zu Messe habe sich der Verkehr mit dem Auslande reger gestaltet. Verständigung sei

nichtiges als Eiferhutz, und den Koss eine große Aufgabe der Presse.

Als letzter Redner behandelte der stellvertretende Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Presse Chefredakteur W. K. Mann den Beruf und Standesfragen der Journalisten und ihre öffentliche rechtliche Stellung. In der Öffentlichkeit sei zwar bisher viel über die Not der Presse gesprochen worden; von der Not der Journalisten habe man verhältnismäßig selten etwas gehört. Journalistenstandesfrage sei Mittelstandesfrage. Einde der Redakteur unter eine bestimmte soziale Stufe, dann wachse die Gefahr der Negation, des Nationalismus. Zum anderen Teil sei der gereizte Ton in der Presse, die Verschärfung des Meinungskampfes auf die zunehmende Nervosität der Journalisten infolge der wirtschaftlichen Verarmung und Verelendung zurückzuführen. Der wirkliche Redakteur verfolge seinen Beruf aus Passion. Er brauche für seine Tätigkeit Idealismus, und zwar Idealismus in ganz erheblichem Maße, wenn er sich durchsetzen wolle. In der breiteren Öffentlichkeit mache man sich von dem Wesen des Journalisten teilweise die unglücklichsten Vorstellungen. Zu einem Journalisten werde man geboren. Zugegeben werden müsse allerdings, daß an der Verkennung des Journalisten dieser teilweise selbst Schuld trage. Noch in viel stärkerem Maße müsse ein enger Zusammenhalt aller Redakteure erreicht und das Standesbewußtsein müsse viel mehr als bisher entwickelt werden. Es müsse eine Ideen- und Anschauungsgemeinschaft zwischen Verlegern und Redakteuren bestehen, sonst lasse sich ein Zeitungsbetrieb unmöglich aufrechterhalten. Der Journalist leiste Dienst am Vaterlande. Dienst am Vaterlande zu leisten, sei ohne Idealismus nicht möglich, sei auch nicht möglich ohne gesicherte materielle Grundlage.

Der Bericht über die Veranstaltungen am Sonntag liegt noch nicht vor.

Neues aus aller Welt.

Ein Bankhaus von maskierten Räubern überfallen. In Gräfenroda (S.-Gotha) sind am Donnerstagmorgen 14 Uhr in das Zweiggeschäft des Hofbankhauses Max Müller in Anwesenheit der sämtlichen Beamten acht maskierte Räuber, mit Handgranaten und Revolvern bewaffnet, eingedrungen. Der Führer der Bande hat die Beamten mit der Aufforderung „Hände hoch!“ zur Deckung des Tresors gezwungen, nachdem er erklärt hatte, bei Widerstand werde alles zusammengebrochen werden. Die Fesselsprechung war vorher geschritten worden. Der Führer der Bande hat aus dem Tresor 1750 Goldmark und außerdem eine große Anzahl deutscher Zwangsanleihscheine geraubt. Nach dem Raube sind die Täter unter der Drohung abgezogen, das Bankhaus würde in die Luft gesprengt werden, falls irgendeiner sich vorstellt.

lauf einer Viertelstunde regen Regen, das Gebäude verlassen würde. Von den Tären fehlt noch jede Spur. Der Räte-Vizepräsident als Fahrgast. Der Schloßher Hofier, der während der Rätezeit in München 6 Minuten lang stellvertretender Provinzialminister war und bei uns schon mit den „bürgerlichen“ Gesetzen in Konflikt gekommen ist, wurde neuerdings festgenommen, als er auf der Straße ein Fahrrad verkaufen wollte, das tags vorher gestohlen worden war.

Preissteigerungen in Frankreich. Der schwankende Frankenkurs hat in Paris zu einem allgemeinen Preisrückgang geführt. Die Marktpreise verändern sich täglich zwei, bis dreimal, einzelne Läden sind dazu übergegangen, täglich nur fünf Stunden zu öffnen und Waren nur in kleinen Mengen abzugeben, da im Großhandel die Preise täglich, auch bei gleichbleibendem Frankenkurs anziehen. Omnibus und Metropolitanbahn erhöhen ab Freitag ihre Fahrpreise wieder um 10 Cent pro Fahrt.

Englische Banken kaufen französische Papiere. Der „Morning Post“ meldet aus London: Englische Banken haben große Posten französischer Papiere erworben, wozu der niedrige Frankenkurs die Veranlassung gegeben hat. Es bleibt abzuwarten, ob die Ankäufe zu einer neuen Entwertung des Frankens führen, wenn sie unerwartet wieder auf den Markt geworfen werden.

Ein Anschlag auf das griechische Königspar? Nach einer Meldung aus Athen haben der König und die Königin von Griechenland einen Autounfall erlitten, indem der Wagen mit einem anderen Automobil zusammenstieß. Der König blieb unverletzt, während die Königin schwer verwundet wurde. Man glaubt, Grund zu der Annahme zu haben, daß dieser Unfall mit einem Anschlag zusammenhängt.

Nur drei Zeilen.

Nachfolger Dr. Petersens im Reichstag wird Kaufmann Johannes Ball, Mitglied der Hamburgischen Bürgererschaft.

In einer von der kommunistischen Partei einberufenen Versammlung kam es zu blutigen Zusammenstößen mit Anarchisten, wobei 20 Personen verwundet und zwei getötet wurden.

Aue.

Die amtliche Feststellung des Wahlergebnisses der gestrigen Stadtverordneten-Wahl durch den Gemeindevorstand findet morgen Dienstag, den 15. Januar 1924, nachmittags 1/8 Uhr im Stadthaus, Zimmer 12 — statt. Der Zutritt zu dem Sitzungssaal steht jedem Wähler offen.

Aue, den 14. Januar 1924. Der Gemeindevorstand, Schubert, Stadtrat.

Das Notgeld der Stadt Aue,

das zur Einlösung ausgerufen worden ist, wird ausnahmsweise noch bis zum 21. Januar 1924 in unserer Stadtkasse angenommen. Später vorliegende Scheine können keinesfalls mehr eingelöst werden. Aue, 12. Januar 1924. Der Rat der Stadt.

Ohne Fleisch doch kräftige Suppen und schmackhafte Gemüse

zuzubereiten, ermöglicht auf einfache u. sparsame Weise

die altbewährte MAGGI-Würze.



BUCHHALTUNGSMASCHINEN
G. M. B. H.
CHEMNITZ
SCHADESTR. 12

ERZEUGNISSE DER WANDERER-WERKE A.G.
SCHÖNAU BEI CHEMNITZ

Suche recht gut möbl. Zimmer evtl. mit kleinem Schlafzimmer. Angeb. unser N. 2. 151 an das Auer Tageblatt erd.

Gut eingeführte, hiebwürdige Vertreter evtl. mit Kab. für den Verkauf von

Schokoladen, Kakaos, Zuderwar., Kets, Rasse usw. von erster leistungsfähiger Großhandlg. gesucht. Herren, welche die Rundschiff regelmäßig besuchen und ihren Bedarf intensio bearbeiten, wollen Angebote — nur mit Ia Referenzen — einreichen unter N. 466 an Ala Baasenstein & Bogler, Dresden.

Apollo-Lichtspiele
Lichtspielhaus ersten Ranges
Bahnhofstr. 17. — Fernr. 768.

Spielplan für Montag bis Mittwoch, den 14. bis 16. Januar

Mädchen ohne Gewissen.
Dramatisches Filmspiel in 6 Akten.
Hauptd.: Grete Reinwald.

„Die vom Zirkus.“
Das Schmetterlingsleben einer Zirkuskünstlerin in 6 Akten.
Hauptd.: Marie Zelenka u. Charles Willy Kayser.

Tägl. Auf. 6 Uhr, letzte Vorstellung gegen 1/9 Uhr.

Einen Stahlgraveur
auf Bestellungen, der auch Stahlpempel schneiden kann, sucht P. Wehler, Grabler-Anstalt, Aue i. Erzgeb.

Einige, eingenügend arbeitende Stepperinnen
(ev. Stepperfamilien)
auf Stehmug- und Klopffragen suchen für banernd gutlohnende Heimarbeit, sowie

eine geübte Stempelerin
für die Fabrik

Ebert & Kopp, Löhmitz, nat. Bahnhof.

Schweizermilch
Zwickauer Großhandels- und Importfirma sucht bestens eingeführte Herrn als

Vertreter.
Angebote mit Ia Referenzen erbeten unter O 100 postlagernd Zwickau.

Städt. Spinnwebmuttererzschule, Zeichenschule für Textilindustrie und Gewerbeschule Schneeberg (Sa.).

Plötzlich und unerwartet verschied nach arbeitsreichem Leben an Herzschlag im Alter von 78 Jahren mein lieber Oatte, unser treusorgender Vater, der Gastwirt

Herr Heinrich Eduard Mehlhorn.

Um stillen Beileid bitten

In tiefstem Schmerze
Frau Rosa verw. Mehlhorn
nebst Söhnen

zugleich im Namen aller übrigen trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung unseres teuren Heimgegangenen erfolgt Dienstag, den 15. Januar 1/2 Uhr vom Trauerhause, Markt, aus statt.

Wer liefert Deltannen
und zu welchem Preise in Größen von 2 1/2, 5, 10, 20, 25 kg Inhalt sowie

Faß-Delpumpen?
Offerten unter N. 2. 153 an die Exped. d. Blattes erbeten.

Plötzlich und unerwartet verschied an Herzschlag unser alter langjähriger Kollege

der Gastwirt
Heinrich Eduard Mehlhorn
im Alter von 78 Jahren.

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittags 1/2 Uhr vom Trauerhause aus statt.
Beteiligung der Kollegen ist Ehrenpflicht.

Gastwirtsverein Aue.
Der Vorstand.